



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

7/8

Juli/August 2021 / 55. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Respekt vor Menschen in Uniform



Seite 10 <

Fehlstart für
den „NEUSTAAT“

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt setzt sich kritisch mit dem programmatischen Buch auseinander

Seite 18 <

Fachteil:

- Die Abschnittskontrolle – eine innovative Variante der Geschwindigkeitsmessung
- Die Abschnittskontrolle – eine verkehrsjuristische Betrachtung





2. Tätigkeitsbericht der Polizeibeauftragten

Eine Analyse

Die Beauftragte für die Landespolizei hat ihren zweiten Tätigkeitsbericht vorgelegt. Ein Blick in den Bericht lohnt durchaus, zumal dieses Amt sowohl polizeiintern als auch im politischen Raum nach wie vor unterschiedlich bewertet wird. Auch die DPoLG hatte anfänglich Bedenken, die sich aber aus unserer Sicht nicht bewahrheitet haben.

Festzustellen ist, dass sich Erkenntnisse aus dem ersten Berichtszeitraum verfestigt haben. Das Aufkommen an Bürgerbeschwerden bei der Polizeibeauftragten ist weiterhin überschaubar. In Relation zu der Vielzahl an Eingriffsmaßnahmen spricht das aus Sicht der DPoLG dafür, dass in sehr weiten Teilen des operativen Dienstes der Landespolizei eine ausgezeichnete Arbeit geleistet wird. Schaut man sich die Qualität der Eingaben an, dann geht es um wenige Fälle, in de-

nen fachliche Kritik an der Arbeit der Polizei geäußert oder das Kommunikationsverhalten kritisiert wurde.

Insofern ist der Bericht der Polizeibeauftragten aus Sicht der DPoLG ein weiteres Indiz dafür, dass manche politische und mediale Übertreibung in Bezug auf die Polizei schlichtweg nicht der Realität entspricht. Auf strukturelle Probleme zu Gewalt oder Rassismus in der Polizei gibt es keine Hinweise, insofern sind anderslautende Behauptungen schlichtweg unseriös.

Dennoch sollte man sich die im Bericht genannten und anonymisierten Fallbeispiele mal ansehen. Es ist aus Sicht der DPoLG überhaupt nichts dagegen einzuwenden, zum Beispiel eine konfliktvermeidende Kommunikation in den Fortbildungskatalog aufzunehmen. Es ist eine Binsenweisheit, dass



> Torsten Gronau,
Landesvorsitzender

eine geschulte Kommunikation helfen kann, Eskalationen zu vermeiden. Allerdings sind die wenigen Fälle auch nur die Kehrseite tausendfacher hervorragender Kommunikation, in denen die Kolleginnen und Kollegen sich nicht haben aus der Ruhe bringen und provozieren lassen.

Weiterhin ist festzustellen, dass die Eingaben aus der Polizei selbst zu internen Problemen an die Polizeibeauftragte weiterhin vergleichsweise hoch sind. Die dargestellten Fälle zeigen einen bunten Strauß an Themen. Sorge bereitet der DPoLG nach wie vor

der Problembereich „Konfliktbearbeitung“. Auch wenn die berichteten Fallzahlen nicht exorbitant hoch sind, so sind bestimmte Warnsignale sehr wohl erkennbar. Gerade wenn eine Konfliktpartei in der polizeilichen Hierarchie über der anderen steht ist das Zutrauen in eine lösungsorientierte Konfliktbearbeitung oft nicht vorhanden. Diese Erkenntnis ergänzt eine ganz ähnliche gewerkschaftliche Erfahrung, dass in solchen Fallkonstellationen schlichtweg keine Augenhöhe zwischen den Konfliktparteien herzustellen ist. Die Mittel der höheren Hierarchieebenen führen eben häufig >

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: redaktion@dpolg.sh

DPoLG SH bei Facebook:
www.facebook.com/dpolgsh



ISSN 0937-4841

DPoLG fordert Corona-Bonus

Corona als Pandemie hat uns als Gesellschaft ganz schön gefordert und so richtig weiß man immer noch nicht, wie es weitergeht. Der Blick in die Zukunft ist auch bei diesem Thema ungewiss.

Gewiss ist aber, dass die Polizei insgesamt eine tragende Rolle bei der Pandemiebekämpfung gespielt hat. Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen des operativen Dienstes waren durchgängig in einer besonderen Gefahrenlage. Sie konnten sich die gefahrenregeneigten Bürgerkontakte nicht aussuchen. Nicht immer waren Plexiglasscheiben und Abstand möglich.

Auch waren es die Kräfte des operativen Dienstes, die manch unverständliche politische Entscheidung in der Pandemiebekämpfung umsetzen und kommunizieren mussten. Aber auch skurrile und zum Teil gefährliche Einsatzlagen mit einer radikalen „Querdenkerszene“ waren an der Tagesordnung.

Zu alledem kamen interne Regelungen zur Dienstverrichtung, die jegliche Flexibilität über Monate verhinderte. Konnten viele in der Landespolizei auf Homeoffice ausweichen war das für die Kräfte des operativen Dienstes eben nicht möglich. Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde auf eine harte Probe gestellt. Und man hatte nicht das Gefühl, dass durch großzügige Sonderurlaubsregelungen gerade jungen Eltern das Leben einfacher gemacht wurde. Auch die Ungewissheit, ob eine dienstlich erlangte COVID-Infektion als Dienstunfall anerkannt werden kann, machte deutlich, dass eben gerade die Bedürfnisse dieser Personengruppe des operativen Dienstes nicht im Mittelpunkt von Entscheidungsprozessen stand.

Dennoch wäre es jetzt wichtig, nicht nur in der Politik zu klatschen, sondern die Leistungen auch zu würdigen. Ein finanzieller Corona-Bonus wäre aus Sicht der DPoLG angemessen und die Nutzung der Möglichkeit der Sonderurlaubsverordnung, bis zu drei Tage Sonderurlaub gewähren zu können, wäre ein starkes Zeichen der Wertschätzung.

Torsten Gronau, Landesvorsitzender

dazu, dass tatsächlich Befürchtungen vor schlechten Beurteilungen und sozialen Folgen vorherrschen und deshalb der Konflikt nicht auf Augenhöhe gelöst wird, sondern das Prinzip „Ober schlägt Unter“ gilt.

Die Forderung der Polizeibeauftragten, die bereits jetzt schon verbindlich durchzuführenden Rückmeldungen für Führungskräfte in der Polizei auch wiederaufzunehmen, kann seitens der DPoIG nur unterstützt werden. Immerhin gibt es hierzu eine verbindliche Verpflichtung nach § 59 Mitbestimmungsgesetz.

Im Weiteren sind im Tätigkeitsbericht der Polizeibeauftragten durchaus thematische Überschneidungen zu Fragen zu finden, die auch in der DPoIG aktuell bearbeitet werden.

Immer noch ungeklärt ist die Frage, ob eine folgenreiche COVID-Infektion im Rahmen der Dienstausbildung erleichtert als Dienstunfall anzuerkennen ist. Die Gesetzesinitiative wurde und wird von der DPoIG unterstützt. Die aktuelle Erlasslage bietet den Polizeibeamtinnen und -beamten keine hinreichende Sicherheit. Man hat das Gefühl, das auf Zeit gespielt wird und das Prinzip Hoffnung vorherrscht, es wird hoffentlich nichts passieren. Wer für den Dienstherrn seine Haut zu Markte trägt, muss im Falle eines Falles auf Rechtssicherheit und Absicherung vertrauen können. Hier herrscht weiterhin politischer Handlungsbedarf.

Ein weiteres wichtiges Thema, dass die Polizeibeauftragte in ihrem Bericht zur Sprache

brachte, ist eine langjährige Forderung der DPoIG. Wir benötigen ein Liegenschaftskataster. Es gibt eine Vielzahl an Dienstgebäuden, die schlichtweg nicht mehr zumutbar sind. Lösungen gibt es aber nur in sehr wenigen Fällen. Planungen dauern über viele Jahre, Transparenz ist selten gegeben. Folge sind Frustrationen und teilweise unzumutbare Arbeitsbedingungen. Der Ansatz, Liegenschaftsfragen mit einem deutlicheren Schwerpunkt zu versehen, ist richtig. Wir brauchen transparente Planungen und mehr Geschwindigkeit. Ein vernünftiges Arbeitsumfeld ist ein Aspekt der Wertschätzung.

Und ein weiteres wichtiges Thema hat die Polizeibeauftragte durch ihren Bericht in

die politische Diskussion überführt. Es geht um Schadenersatzleistungen, zum Beispiel infolge von Widerstandshandlungen. Hier tritt der Dienstherr auf Antrag in bestimmten Fällen ein und leistet eine Zahlung. Regelungsbedarf herrscht in den Fällen, bei denen der Kostenpflichtige keinen bekannten Aufenthaltsort hat.

Schlussendlich ist festzustellen, dass der Bericht der Polizeibeauftragten der Polizei im Wesentlichen das attestiert, was jeden Tag wahrzunehmen ist. In der absoluten Mehrzahl der Fälle des Einschreitens arbeitet die Polizei sauber und korrekt. Die Anzahl der Beschwerdefälle ist überschaubar. Die von der Polizeibeauftragten gesetzten Impulse sind hilfreich. ■

Wiedereröffnung der Polizeistation Oststeinbek – Fluch oder Segen?

Der Kreisverband Ratzeburg der DPoIG begrüßt die Initiative der Innenministerin, wieder Polizei in die Fläche zu bringen. Auch wir sehen es als gute Möglichkeit an, die Polizei bürgerfreundlicher zu gestalten. Der Polizist vor Ort als Ansprechpartner ist ein wichtiger Bestandteil einer gut funktionierenden Polizei. Der Informationsfluss aus dem Ort ist einfacher und das Erkennen von Schwerpunkten leichter, wenn man als Polizist seine Gemeinde kennt und wenn man als Polizist in seiner Gemeinde bekannt ist. Auch trägt eine ländliche Polizeidienststelle zu einem höheren Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und damit verbunden zu mehr Vertrauen in die Polizei bei.

Solche ländlichen Stationen sind auch eine gute Verwendungsmöglichkeit für erfahrene und lebensältere Kollegen, die den anstrengenden Schichtdienst gesundheitlich nicht mehr so gut verkraften. Gerade nach der Einführung der gemeinsamen Ermittlungsdienste der Schutz- und Kriminalpolizei fehlen auf den Schutzpolizeidienststellen die Möglichkeiten und Perspektiven für lebensältere oder gesundheitlich angeschlagene Kollegen, um außerhalb des oftmals langjährig abgeleisteten Schichtdienstes im Reaktionsdienst eine angemessene Verwendung zu finden. Umso mehr freuen wir uns über die Entscheidung des Ministeriums, das so auch seinen Fürsorgepflichten nachkommen möchte.

Aufgrund der knappen Personalsituation wurden ab 2016 viele ländliche Polizeistationen sukzessive aufgelöst und geschlossen, um so Personalressourcen bündeln und effektiver einsetzen zu können. Nun soll eine dieser geschlossenen Dienststellen in der PD Ratze-

burg, die Polizeistation Oststeinbek, wieder geöffnet werden, um, wie es die Ministerin sagt, mehr Polizei in die Fläche zu bringen.

Die Personalsituation hat sich zu 2016 leider nur marginal verbessert und es stellt sich jetzt die Frage: Woher kommt das zusätzliche Personal? Wird dies vom sogenannten Mutterhaus, dem Polizeirevier Reinbek, abgezweigt?

Die Wiedereröffnung der Polizeistation Oststeinbek ist unseres Erachtens eine reine politische Entscheidung, die kritisch hinterfragt werden muss, denn die Gemeinde Oststeinbek hat mit Sicherheit – im Vergleich zu anderen Gemeinden, in denen Dienststellen geschlossen worden sind – eine hohe Polizeidichte.

Die nächste und momentan zuständige Dienststelle in Glinde ist etwa 3,5 Kilometer entfernt – das PK 42 der Polizei Hamburg etwa 6 Kilometer!

Wenn die Ministerin hier von Polizei für die Fläche spricht,

muss zwangsläufig auch auf ganz andere Bereiche innerhalb der PD Ratzeburg geschaut werden. Ein Beispiel: das Amt Hohe Elbgeest (ohne Aumühle) wird mit etwa 15 000 Einwohnern und 60 Quadratkilometern momentan von zwei Beamten des Bezirks- und Ermittlungsdienstes am Standort des Polizeireviers Geesthacht betreut.

Und dies sicherlich gut, so wie auch Oststeinbek von Glinde gut betreut wurde und wird.

Die DPoIG SH und vor allem der Kreisverband Ratzeburg setzt sich für mehr „Aktions-“ und weniger „Reaktionspolizei“ ein, was gleichbedeutend mit mehr Polizeipräsenz in der Fläche ist. Aber das alles funktioniert nur mit ausreichend Personal. Die von der Ministerin angesprochenen neu geschaffenen Stellen sind unlängst, zum Beispiel für die Aufstellung einer stehenden zweiten Einsatzhundertschaft, die zweifellos notwendig ist, verplant. Sodass es für die neue/alte Wache in Oststeinbek bedeutet, dass Personal aus anderen Dienststellen abgezogen werden wird.

Zusätzlich muss noch ein geeigneter Standort gefunden und zur Polizeidienststelle ertüchtigt werden. Und das zu Zeiten, in denen wir in der Polizeidirektion Ratzeburg einen gewaltigen Renovierungs- und ja, gar Sanierungsstau haben und Kollegen unter schwierigsten Bedingungen ihren Dienst versehen. Nennen wir die Polizeistationen Lauenburg, Bargtheide und Trittau nur als schlechteste Beispiele zuerst.

Auch der immer wiederkehrende katastrophale Zustand der Einsatztrainingsstätte ist hier zu nennen. Circa 600 Beamte und Beamtinnen können nicht entsprechend professionell fortgebildet werden – eher provisorisch und das auch nur dank der engagierten Einsatztrainer. Aber statt dort für die Sicherheit der Beamten – durch effektives Training – zu sorgen, wird das knappe Geld für eine Dienststelle in der „Fläche“ mit ausgegeben und das obwohl die nächste Dienststelle um die Ecke ist. Bei einer Fläche von etwa zwölf Quadratkilometern und zu betreuenden 8 200 Einwohnern ist die Wiedereröffnung der Polizeistation Oststeinbek, ohne Hinterlegung mit zusätzlichem Personal, unseres Erachtens das falsche politische Signal.

Für uns bleiben viele Fragen offen und wir hoffen auch auf ein Signal aus unserer Behördenleitung in Richtung Politik:

- > Verschlechtert sich die Personalsituation auf anderen Dienststellen zugunsten von Oststeinbek?
- > Fehlt das Geld zur Beseitigung des Renovierungstaus jetzt anderen Dienststellen, damit Oststeinbek eröffnet werden kann?
- > Was ist mit den anderen geschlossenen Dienststellen? Haben andere Gemeinden auch eine Chance auf die Rückkehr ihrer Polizei?
- > Und wo kommt das Mehr an Personal her? Personal ist leider endlich.

*Christian Johannsen,
Vorsitzender Kreisverband
Ratzeburg*

Auftakt zur Einkommensrunde 2021 Forderungen formulieren

Bis September 2021 sind die Ergebnisse der letzten Tarifrunde in Schleswig-Holstein bindend. Dann muss neu verhandelt werden. Das heißt, es wird höchste Zeit, sich auf die neue Runde der Einkommensverhandlungen ab Herbst 2021 vorzubereiten.

Gut ist, dass bereits im Vorfeld vonseiten der Politik entschieden wurde, dass die Ergebnisse der Tarifrunde 1:1 für die Landesbeamten in SH übernommen werden. Das war in der Vergangenheit bei Weitem kein Selbstläufer.

Für die Beamtenschaft bedeutet es nun aber auch, dass sie sich neben den Tarifbeschäftigten auch von Anfang an mit einbringen müssen. Es geht darum, den öffentlichen Arbeitgebern die Unzufriedenheit der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu verdeutlichen und damit konkrete Verbesserungen einzufordern.

Viel zu lange wird mit dem Argument leerer Haushaltskassen am öffentlichen Dienst gespart.

Der gesamte öffentliche Dienst hält, ob unter ganz besonderen Bedingungen in Corona-Zeiten, oder im alltäglichen „normalen Wahnsinn“ alles am Laufen und trägt damit zur Stabilität in allen Bereichen bei.

Es ist nicht zu viel verlangt, wenn sie dafür ein angemessenes Einkommen erhalten.

Die DPoIG, die hier mit allen anderen Fachgewerkschaften und natürlich ihrem Dachverband, dem Deutschen Beamtenbund, eng zusammenstehen, fordert ganz ausdrücklich, dass das Land Schleswig-Holstein seinem eigenen Personal gegenüber nun endlich ein anderes Gesicht zeigt und sie nicht nur mit dem mindestens gesetzlich vorgeschriebenen gerade mal so versorgt.

Insbesondere beim Thema Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) muss man sich nun endlich bewegen und tragfähige Angebote machen! Auch wenn es um

die Wochenarbeitszeit geht, muss endlich etwas geschehen!

Wir werden natürlich auch die besonderen Herausforderungen des Polizeiberufes und sich daraus ergebende spezielle Forderungen auf den Tisch bringen. Hier sind insbesondere die hohen Belastungen durch den Schichtdienst, die zunehmende Aggressivität des polizeilichen Gegenübers, aber auch die besonderen Belastungen, die während der gesamten Dauer der Corona-Pandemie zu schultern waren und sind, konkret zu nennen und mit dementsprechenden Forderungen zu versehen.

Die DPoIG ruft bereits jetzt dazu auf, sich zur Erhöhung des Drucks auf die Verhandlungspartner auf Protestveranstaltungen im Herbst einzustellen. Dazu wird sicher viel Manpower erforderlich sein.

Zu gegebener Zeit werden wir, gemeinsam mit dem Deutschen



Beamtenbund, zu verschiedenen Aktionen aufrufen.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf den Aufruf zu einer Teilnahme an einer Umfrage des dbb unter www.dbbsh.de (siehe QR-Code).

Dort findet man auch einen Rechner, mit dem man seine persönlichen finanziellen Einbußen durch die Kürzung/Streichung des Weihnachtsgeldes errechnen und darstellen kann. Damit wird einem vor Augen geführt, welche Summen den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen seit Jahren vorenthalten werden.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



Überall auf dem flachen Lande in Schleswig-Holstein fehlt polizeiliche Präsenz

Aber, hurra! Die „Polizei kehrt zurück nach Wacken“ (und Oststeinbek) – Problem/e gelöst?

Selbstverständlich ist es grundsätzlich richtig zu begrüßen, und für die Bürger von Wacken und Umgebung freut es mich, dass nach etwa zehn Jahren dort wieder eine Polizeistation eingerichtet werden soll! – Schön auch für Oststeinbek.

Aber wenn man aktuell (nach der entsprechenden Mitteilung der Innenministerin) die ziemlich gleichlautenden Berichte in vielen Zeitungen unseres Landes sowie gar der „Zeit“ weiterliest und sich als Fachmann an vormalis aufgezwungene Abläufe und (Personal-)Umsteuerungen, namentlich und exemplarisch hier den Abbau von 14 Prozent der Vollzugskräfte bei der PD Itzehoe, erinnert, könnte einem schlecht werden – wie verlogen ist das denn!

Denn wenn Herr MdL Arp, wie verlautet, jetzt erklärt, „die Jamaika-Koalition habe sich, nachdem die sozialdemokratischen Innenminister fälschlicherweise meinten, Polizeistationen zu schließen und damit den ländlichen Raum zu schwächen, klar dazu bekannt, die Polizei auch wieder in der Fläche präsenter zu machen“, hat er entweder ein sehr schlechtes Gedächtnis oder jetzt plötzlich neue (endlich richtige) Erkenntnisse oder ... – dahingestellt! Nein, ernsthaft eingesetzt für eine nunmehr richtigerweise für wichtig erklärte bürgernahe Polizei, die es vorher ja bereits gab, hat sich tatsächlich niemand irgendwelcher politischer Couleur, auch er nicht – und als der der Misere wesentlich zugrunde liegende Personalabbau (bei der PD Itzehoe) und die Umsteuerung ins Land begann,

hieß der Innenminister Klaus Schlie (CDU).

Das alles so kommen würde beziehungsweise im Sinne eben dieser falschen Vorgabe kommen musste, wurde bereits im April 2012 bei einer vor diesem Hintergrund von allen drei Polizeigewerkschaften gemeinsam initiierten Podiumsdiskussion in Wilster deutlich. Bitteres Fazit: Keine Partei und keiner der beteiligten Landespolitiker sah „größere Probleme“. Die dringenden Appelle vieler engagierter Kolleginnen und Kollegen des ländlichen Polizeidienstes sowie die eindeutigen Klarstellungen schwerwiegender Folgen solcherart „Umverteilungen des Mangels“ durch die Gewerkschaftsvertreter wurden einmal mehr ignoriert. Notiz am Rande: Die Polizeiführung äußerte sich – in Anwesenheit des Innenministers Schlie – gar nicht. Die regionalen Pressevertreter hingegen, also Laien, stellten in ihren Artikeln über diese Veranstaltung jedenfalls, wohl nicht etwa zufällig, schon damals den Subtitel „Das Ende der Dorfsheriffs“ ein.

Die tatsächliche Schließung von 15 Polizeistationen allein in Dithmarschen und Steinburg, erfolgte dann (konkret) sukzessive ab Herbst 2012, erst ab diesem Zeitpunkt regierte eine Koalition mit SPD-Führung.

Aufgrund des Personalverlustes begründete die PD Itzehoe diese einschneidenden Organisationsänderungen als notwendig.

Selbst heute, nach bekundet endlich richtigen Erkenntnissen, ändert sich strukturell und da-

mit in der Hauptsache kaum etwas – weitere Wiedereröffnungen sind nicht geplant.

Zwar hat die Innenministerin zweifellos völlig recht, wenn sie jetzt ausführt und durch die Medien unisono verkünden lässt, dass die vorgebrachten (wann, von wem und warum?) Argumente für den Abbau der Polizeistationen in Wacken und Oststeinbek (sie) nicht überzeugten. Kann ja nicht gehen, denn vernünftige Gründe gab es niemals. Das gilt aber auch für alle anderen aufgelösten Polizeistationen im ganzen Lande.

Wieso aber werden lediglich Wacken und Oststeinbek – so, wenigstens im Ergebnis, zu Recht – betrachtet? Wörtlich benannt als „ausschlaggebend“ werden für Wacken erstens die Nähe zur Bundesautobahn sowie zweitens das jährliche „Wacken-Open-Air“-Festival (WOA), für Oststeinbek die Nähe zur Großstadt Hamburg. Das sind teilweise Umstände, die wohl überall gelegentlich selbstverständliche polizeiliche „Nachbarschaftshilfe“ erfordern.

Das WOA hingegen muss und wird daher als Direktionslage einige Tage im Jahr von Hunderten Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land betreut.

Die einzufordernde bürgernahe Polizeiarbeit (auch in Wacken) stellt sich insgesamt nicht differenzierter als anderswo dar.

„Fraglich sei (daher) auch“, so führt unser stellvertretender Landesvorsitzender Frank Hesse in der Presseerwiderung unserer Regionalzeitung darauf nachvollziehbar aus, „ob man den Menschen und verantwortlichen Politikern der anderen 14 Gemeinden (der PD Itzehoe),

in denen Polizeidienststellen geschlossen worden sind, nachvollziehbar erklären könne, warum nur in Wacken und nicht auch in Ihrer Gemeinde die Polizei wieder vor Ort sein kann.“

Im Übrigen werde im Zusammenhang wieder einmal von „Umsteuerung des Personals“ gesprochen, ohne zusätzliches Personal (für Wacken) bewirke das jedoch nur wiederum eine Verschlechterung an anderer Stelle (der PD) – und sei „nicht seriös“.

„Wenn die Landesregierung es mit ihren Aussagen wirklich ernst meint, muss sie auch den ganzen Schritt tun und dementsprechend zusätzliches Personal einstellen. Ansonsten verkommt die gut gemeinte Absicht zu einer Nebelkerze.“

Ähnliches gilt natürlich landesweit!

Nur eine neue Variante der „Umverteilung des Mangels“ wäre kontraproduktiv!

Das hilft niemandem. Eine wirkliche bürgernahe, präsente Polizei müsste den uns anvertrauten Bürgern nicht ständig mit Managervokabeln wie „Konzentration auf die Fläche“ und ähnlichen erst „definiert“ werden.

Präsenz heißt Anwesenheit, Ansprechbarkeit und Aktion – eine zentral vorgehaltene Notrufpolizei allein ist zu wenig.

Das geht selbstverständlich nicht ohne eine bürgernahe Organisation und hinreichende Personalausstattung – überall im Lande!

Jochen Einfeldt,
Kreisverband Itzehoe